

# Geldanlage für **Vorsichtige**



# GELDLANLAGE FÜR VORSICHTIGE

Markus Neumann





## INHALT

- 7 ANLEGEN OHNE SCHLAFLOSE NÄCHTE**
  - 7 Die Finanzmärkte nach Jahren der Krise
  - 13 Die Haftung bei Pleiten von Finanzunternehmen
  
- 19 BANKZINSEN OHNE RISIKO**
  - 19 Tagesgeld – meist besser als ein Sparbuch
  - 21 Festgeld – Direktbanken haben die Nase vorn
  - 24 Sparbriefe – Vorsicht vor der Abgeltungsteuer
  
- 27 ZINSEN VON STAATEN UND UNTERNEHMEN**
  - 27 So funktionieren Anleihen
  - 36 Europäische Staatsanleihen als Langzeitanlage
  - 41 Pfandbriefe – fast so sicher wie Bundeswertpapiere
  - 43 Unternehmensanleihen – mehr Rendite, mehr Risiko
  - 45 Rentenfonds – bequem in Anleihen investieren
  
- 49 KRIENSCHUTZ – WAS SACHWERTE TAUGEN**
  - 49 Was Sachwerte von anderen Anlagen unterscheidet
  - 54 Inflationsschutz – mehr Wunsch als Wirklichkeit
  
- 61 AKTIEN – KLUG INVESTIEREN**
  - 61 Aktiengesellschaften – die wichtigsten Fakten
  - 63 Was die Kurse an der Börse treibt
  - 66 Wie man preiswerte Aktien erkennt
  - 69 Aktienfonds – breit gestreut investieren
  
- 77 GOLD – EDEL, ABER SPEKULATIV**
  - 77 Der heilige Gral der Pessimisten
  - 80 Barren und Münzen: Gold richtig kaufen
  
- 83 IMMOBILIEN – GENAU RECHNEN**
  - 83 Nicht immer ein Fels in der Brandung
  - 86 Erfolgsfaktoren für den Immobilienkauf
  - 89 Die selbstgenutzte Immobilie
  - 94 Die vermietete Eigentumswohnung
  - 100 Offene Immobilienfonds
  
- 105 7 GOLDENE REGELN FÜR VORSICHTIGE**
  - 106 Setzen Sie sich klare Ziele!
  - 109 Investieren Sie nur in Produkte, die Sie verstehen!
  - 112 Verlassen Sie sich nicht auf Prognosen!
  - 114 Achten Sie auf die Kosten!
  - 118 Erwarten Sie keine Geschenke!
  - 121 Begrenzen Sie Ihr Risiko!
  - 124 Kontrollieren Sie Ihre Anlagen regelmäßig!
  
- 129 KRIENFESTE DEPOTS FÜR VORSICHTIGE**
  - 129 Sicher vor Verlusten: Das Garantiedepot
  - 133 Anleihen und Aktien mischen: Das Sicherheitsdepot
  - 135 Zur Sache: Das Inflationschutzdepot
  
- 141 FONDS – DIE KLASSENBESTEN**
  - 141 So optimieren Sie Ihr Depot
  - 144 Rentenfonds Euro – ein solides Fundament
  - 148 Aktienfonds Welt – Indexbezwinger sind rar
  - 151 Aktienfonds Europa – Flexibilität lohnt sich
  - 154 Aktienfonds Deutschland – hohe Schwankungen
  - 157 Aktienfonds Schwellenländer – gute Beimischung
  
- 160 SERVICE**
  - 160 Empfehlenswerte Fonds aus unserem Dauertest
  - 170 Ausgewählte Rentenindexfonds
  - 172 Register
  - 176 Impressum



# ANLEGEN OHNE SCHLAFLOSE NÄCHTE

Seit Ausbruch der Krise auf den Finanzmärkten sind viele Anleger in Deckung gegangen. Riskante Anlagen wie Aktien wollen sie nicht mehr anfassen und auch Banken misstrauen sie. Doch die Lage ist nicht so düster wie manche meinen. Bankeinlagen in Europa sind gut abgesichert und die Märkte haben sich beruhigt, seit die Europäische Zentralbank quasi für den Erhalt des Euro bürgt. Die größte Gefahr für Anleger sind jetzt die extrem niedrigen Zinsen.

## DIE FINANZMÄRKTE NACH JAHREN DER KRISE

Vor Ausbruch der Finanz- und Staatsschuldenkrise war die Welt für Kapitalanleger noch weitgehend in Ordnung. Wer auf Nummer sicher gehen und gar keine Risiken eingehen wollte, konnte sein Geld beispielsweise in festverzinsliche Wertpapiere wie Bundesschatzbriefe und Bundesanleihen stecken. Anleger, die auf diese Papiere setzen, erhalten regelmäßige Zinszahlungen und am Ende der Laufzeit ihr Geld zurück. Die Zinsen lagen immer über der Inflationsrate, die den durchschnittlichen Anstieg der Lebenshaltungskosten misst. Die Anleger erhielten also einen Ausgleich für steigende Lebensmittelpreise, Energiekosten und Mieten. Und der über die Inflationsrate hinausgehende Zins sorgte für einen stetigen Vermögenszuwachs. Mit Bundeswertpapieren konnten

Anleger die Kaufkraft ihres Vermögens erhalten und es gleichzeitig vermehren.

Diese rosigen Zeiten sind vorbei. Seit Ausbruch der Krise befinden sich die Zinsen im Sturzflug. Inzwischen haben sie historische Tiefstände erreicht. Mit Bundeswertpapieren kommen Anleger nicht mehr auf einen grünen Zweig. Wer heute ein Höchstmaß an Sicherheit will, muss dafür bezahlen – mit einem schleichenden Verlust des Vermögens. Denn Inflation plus Abgeltungsteuer sind höher als der Zins, der sich mit den meisten Bundeswertpapieren erzielen lässt. Auch für Bankinlagen, für Tages- und Festgelder, Sparbriefe und -bücher, befinden sich die Zinsen im Keller.

Hinzu kommt, dass Banken und Sparkassen nicht mehr wie früher uneingeschränkt

als Hort der Stabilität angesehen werden. Geldinstitute und mit ihnen ganze Staaten können in gefährliche Schieflagen geraten. Das hat die Krise gezeigt.

### Vorsichtige Anleger müssen umdenken

Schlechte Zeiten also für Geldanleger, die sich bisher vor allem auf festverzinsliche Anlagen konzentrierten und riskante Papiere wie Aktien mieden. Eine solche Anlagestrategie, die bis vor wenigen Jahren noch als vorsichtig galt, birgt nun die Gefahr des stetigen Kaufkraftverlustes. Vorsichtige Geldanlage ist heute mehr denn je eine Frage der Erwartungen: Jemand, der etwa davon überzeugt ist, dass Papiergeld bald nichts mehr wert ist, verhält sich aus seinem persönlichen Blickwinkel vorsichtig, wenn er das Vermögen in Gold und Immobilien investiert. Aus der Perspektive eines anderen vorsichtigen Anlegers, der an den Fortbestand des internationalen Finanzsystems glaubt, kommt diese Strategie dagegen einem Besuch im Spielkasino gleich. Denn besonders Gold, aber auch Immobilien sind riskante Anlagen.

Die meisten vorsichtigen Anleger dürften aber zumindest eines gemeinsam haben: Für sie steht der Erhalt des Ersparten an erster Stelle. Schmerzliche Verluste wollen sie vermeiden. Doch wie man dieses Ziel heute erreicht – daran scheiden sich die Geister. Extrem-Strategien, bei denen man sein ganzes Geld vielleicht aus Angst vor einer Finanzmarkt-Katastrophe in eine einzige Anlage steckt, sind keinesfalls das Gelbe vom Ei. Im Gegenteil: Das

Risiko, völlig danebenzuliegen, ist be-trächtlich. Zu den goldenen Regeln für vorsichtige Geldanleger gehört, nie alles auf eine Karte setzen (siehe Seite 121). Es ist sicherer, das Vermögen über verschiedene Anlagen zu verteilen, zu denen heute auch in Maßen Aktien zählen. Denn ohne die Renditechancen, die sie bieten, ist ein Erhalt des Vermögens kaum noch möglich. Es erscheint merkwürdig: Aber es ist eine Folge der Krise, dass heute ausgerechnet vorsichtige Anleger kaum auf Aktien verzichten können.

### Extrem-Risiken werden nicht mehr diskutiert

Wenn man sein Geld auf verschiedene Anlagen verteilt, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass immer einige von ihnen gut laufen, unabhängig davon, was an den Finanzmärkten passiert. Extrem-Strategien gehen dagegen meistens nur dann auf, wenn das erwartete Extrem-Szenario, etwa der Zusammenbruch der Eurozone, auch eintritt. Doch von solchen Risiken redet niemand mehr, seit der neue Chef der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi, sich im Sommer 2012 dazu bekannte, alles ihm Mögliche zu tun, um den Euro zu erhalten. Die Unsicherheit an den Finanzmärkten ist deutlich zurückgegangen, an den Aktienbörsen sind die Anleger wieder in Kauflaune. Draghi will im Notfall unbegrenzt Anleihen von Euro-Krisenländern kaufen, um deren Kurse zu stützen. Diese Ankündigung hat die Investoren beruhigt, denn sie ist quasi eine Gratis-Risikoversicherung für Anleger.

Eine mögliche Stützung der Anleihekurse bedeutet eine Begrenzung der Verluste, die Anleger mit Anleihen der Krisenländer schlimmstenfalls machen können. Gleichzeitig werden den Schuldenstaaten auf diese Weise tragbare Finanzierungskosten garantiert. Die gefürchtete Abwärtsspirale aus steigenden Zinsen und wachsenden Belastungen für die Staatshaushalte, die schließlich in die Pleite führen können, scheint durchbrochen. Schlechte Nachrichten aus den angeschlagenen Euro-Staaten werden an den Finanzmärkten nun mit Gelassenheit aufgenommen. Denn Staatspleiten und einen Zusammenbruch des Euro hält die Mehrheit der Investoren inzwischen für unwahrscheinlich. Die Debatte darüber ist jedenfalls verstummt.

### Die Angst vor Inflation

Schon zu Beginn der Finanzkrise hat die EZB die europäische Wirtschaft mit Geld überschwemmt. Sie senkte die Zinsen immer weiter, zu denen sich Geschäftsbanken bei ihr Geld leihen können, und stellt ihnen nahezu unbegrenzt Kredit zur Verfügung. Diese Politik des billigen Geldes hat bei vielen Menschen die Furcht vor einer steigenden Inflation geschürt. Die Angst ist zwar verständlich. Doch eine Ausweitung des Zentralbankgeldes führt nicht zwangsläufig zu einer höheren Teuerungsrate. Das Geld muss auch unter die Leute gebracht werden. Aber das ist bisher nicht der Fall. Geschäftsbanken im Euroraum vergaben tendenziell weniger Kredite an Unternehmen und private Haushalte als vor der Krise.

### INFO Wo ist das Geld der EZB?

Aber wo ist das Geld, mit dem die EZB die Banken überschüttet? Die Antwort auf diese Frage ist komplex. Vereinfacht gesagt sitzen Banken in sicheren Euroländern auf diesen vielen Milliarden und verleihen sie nicht weiter. Der Hintergrund: Normalerweise finanzieren sich Banken nur zu einem Teil über Notenbankkredite. Eine andere wichtige Finanzierungsquelle ist der sogenannte Geldmarkt, auf dem Banken überschüssiges Kapital an andere Banken verleihen, die gerade welches

brauchen. Doch seit Ausbruch der Krise trauten sich die Geldinstitute untereinander nicht mehr über den Weg. Deutsche Banken zum Beispiel wollten Banken in Krisenländern nichts mehr leihen. Die EZB sprang in die Bresche, während die Banken mit Überschuss-Kapital ihr Geld einfach behielten und bei der EZB anlegten. Im Prinzip wurden lediglich Kredite zwischen Geschäftsbanken durch EZB-Kredite ersetzt. Mehr Geld in die Wirtschaft floss dadurch bisher nicht.

### Kein Boom, keine Inflation

Wenn das Zentralbankgeld nicht bei Unternehmen und Haushalten ankommt, können diese es nicht ausgeben und so zusätzliche Nachfrage schaffen. Und wenn die Nachfrage nicht steigt, steigen auch die Verbraucherpreise nicht stärker an. Tatsächlich war die Inflationsrate zu Beginn des Jahres 2013 sogar rückläufig. Im Euroraum lag sie bei 2 Prozent, in Deutschland bei 1,5 Prozent. Die Zahlen sind wenig erstaunlich, wenn man bedenkt, dass die Wirtschaftsleistung in vielen Euroländern schrumpft. „Kein Boom, keine Inflation“, konstatiert Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman.

Selbst wenn die Wirtschaft wieder anspringt, müsste das nicht gleich zu höheren Preisen führen. Solange die Produktionskapazitäten nicht ausgelastet sind, können die Unternehmen eine steigende Nachfrage befriedigen, ohne dass die Inflation anzieht.

Doch einen großen Wachstumsschub erwartet in den nächsten Jahren kaum jemand. Viele Konjunkturforscher, Bankvolkswirte und Vermögensverwalter rechnen nur mit einer schwachen Wirtschaftsentwicklung im Euroraum.

### So funktioniert die „Enteignung der Sparer“

Manche Anleger fürchten, die Staaten könnten in die Trickkiste greifen und versuchen, die Inflation absichtlich anzuhetzen und sich über eine höhere Teuerung zu entschulden. Theoretisch ist das möglich. In der Praxis aber nicht so einfach

umsetzbar. Schulden kann man nicht einfach verschwinden lassen (wenn man sie nicht zurückzahlen kann oder will). Aber man kann sie relativieren, ohne dafür einen Cent aus der Staatskasse aufwenden zu müssen. Dafür ist letztlich nicht die Teuerungsrate entscheidend, sondern die Differenz zwischen Zinsen und Inflation (der sogenannte Realzins).

Zu Beginn des Kapitels haben Sie gelesen, dass Ihr Vermögen stetig an Wert verliert, wenn die Zinsen, die Sie für Ihre Anlagen bekommen, niedriger sind als die Inflation. Ihren Kaufkraftverlust kann man ökonomisch auch als Umverteilung von Ihnen zum Staat interpretieren, der dadurch nach und nach seine Schuldenquote senkt, ohne die Ausgaben senken zu müssen (siehe Kasten). Kritiker sprechen auch von einer „Enteignung der Sparer“.

Doch wie kann eine Regierung für eine solche Umverteilung sorgen? Entweder müsste die Inflation steigen, ohne dass der Zins zunimmt. Oder der Zins müsste sinken, während die Inflationsrate unverändert bleibt oder steigt.

Eine höhere Inflation mit Hilfe einer Geldschwemme können Staaten aber nicht so einfach erzwingen. Die Unabhängigkeit der EZB ist gesetzlich festgeschrieben, offiziell haben die Regierungen der EU-Mitgliedsländer keinen Einfluss auf die Geldpolitik. Zudem ist die EZB verpflichtet, für Preisstabilität zu sorgen. Die ist ihrer Ansicht nach bei einer Teuerungsrate von knapp unter 2 Prozent gegeben. Aber selbst mit einer Geldflut kann Inflation

### INFO

#### Schrumpfkur für Schuldenberge

Die Schulden eines Landes werden im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) gemessen. Deswegen ist immer von „Schuldenquoten“ die Rede. Nur mit solchen relativen Kennzahlen lässt sich die Verschuldung einzelner Länder sinnvoll vergleichen. Ein kleines Land kann unter einer Kreditlast von 200 Milliarden Euro zusammenbrechen, für ein großes Land wie die USA wäre eine solche Summe marginal.

Die relative Schuldenmessung ermöglicht die Senkung der Schuldenquoten mit Hilfe von niedrigen Zinsen. Am schnellsten wird eine Regierung ihre Schulden los, ohne einen Euro für Zinsen und Tilgung ausgeben zu müssen, wenn die Inflationsrate höher als der Zins ist. Ökonomen sprechen dann von einem negativen Realzins (Realzins = Zins minus Inflationsrate)

Wenn sich ein Staat rechnerisch von seinen Schulden befreien will, muss das nominale BIP schneller steigen als der Schuldenberg. Dann sinkt die Schuldenquote.

Das nominale BIP misst die Menge aller in einer Volkswirtschaft produzierten Güter und Dienstleistungen zu aktuellen Preisen, enthält also auch die Teuerungsrate. Wenn man die Inflation herausrechnet, erhält man das reale BIP. Dessen Wachstumsrate zeigt, um wie viel die Menge der hergestellten

Güter und Dienstleistungen gestiegen (oder gesunken) ist. Das nominale BIP steigt also jährlich in Höhe der Inflationsrate und der realen Wachstumsrate.

Angenommen die Zinsen für eine Staatsschuld im Inland wären genauso hoch wie die Inflationsrate. Dann könnte die Regierung die Zinsen vollständig mit neuen Krediten bezahlen, ohne dass die für die Kreditwürdigkeit entscheidende Schuldenquote ansteige. Denn das BIP würde dann ja mindestens so schnell wie die Schulden wachsen. Falls das BIP auch real zunimmt, würde die Schuldenquote um diese Rate Jahr für Jahr abnehmen. Ideal für eine Regierung wäre natürlich eine Teuerungsrate, die höher als der Zins ist. Dann würde die Schuldenquote noch schneller sinken – nämlich in Höhe des negativen Realzinses plus des realen Wachstums. Die Schulden würden zwar von Jahr zu Jahr um die kreditfinanzierten Zinsen wachsen, aber gemessen am nominalen BIP würden sie jährlich kleiner, weil sie mit einer deutlich geringeren Rate wachsen als das nominale BIP. Auf diese Weise verschwindet ein Schuldenberg, ohne jemals Zinsen und Tilgung zu bezahlen.

nicht auf Knopfdruck erzeugt werden (siehe oben). Außerdem müsste sie überraschend kommen. Andernfalls würden Staatsanleiheinvestoren einen höheren Zins als Ausgleich für eine höhere Teuerungsrate verlangen. Nur über langlaufende Anleihen, deren Zinsen nicht schnell angepasst werden können, ließe sich dann die Schuldenquote drücken.

Vielversprechender für Regierungen erscheint da die andere Stellschraube: der Zins. Hier können Regierungen Einfluss nehmen – und machten es auch. In den USA legte die Regierung beispielsweise nach dem Zweiten Weltkrieg eine Zinsobergrenze fest, die unter der Wachstumsrate der Wirtschaft lag (siehe Kasten Seite 11). Zwischen 1946 und 1962 schrumpfte die Schuldenquote von 120 auf 60 Prozent, ohne dass der Staat etwas von den Schulden tilgte. Wenn Staaten in die Märkte eingreifen, um die Zinsen zu drücken, sprechen Ökonomen von „finanzieller Repression“.

#### **FAZIT: REGIERUNGEN LIEBEN NIEDRIGE ZINSEN**

Zwar droht Anlegern in Sachen Inflation derzeit keine Gefahr und Regierungen haben wenig Mittel, daran etwas zu ändern. Doch Staaten haben ein handfestes Interesse an niedrigen Zinsen und können sie auch erzwingen. Da die Schulden in vielen europäischen Ländern trotz Sparprogrammen weiter steigen, müssen sich vorsichtige Anleger voraussichtlich längerfristig mit sehr niedrigen Zinsen arrangieren.

#### **Schleichender Vermögensverlust in sicheren Eurostaaten**

In einigen sicheren Eurostaaten wie Deutschland oder den Niederlanden sanken die Zinsen, die Anleger für Staatsanleihen erhielten, ohne Eingriffe der Regierungen. Die Ursache ist eine besonders hohe Nachfrage nach risikolosen Anleihen im Zuge der Schuldenkrise. Weil zudem einige Länder, die eine vorher uneingeschränkte Kreditwürdigkeit genossen hatten (wie Italien oder Spanien), in Zahlungsschwierigkeiten gerieten, sank auch das Angebot solcher risikoloser Papiere. Die Folge: Staaten, deren Anleihen als sicher gelten, konnten die Zinsen für ihre neuen Anleihen senken und fanden trotzdem genügend Käufer. In Deutschland drehte der Zins nach Abzug der Inflationsrate für Staatsanleihen mit einer Laufzeit von bis zu zehn Jahren schließlich in den negativen Bereich. Für vorsichtige Anleger ist seitdem der Notstand ausgebrochen.

Der schleichende Vermögensverlust ist heute vermutlich die größte Gefahr für Anleger.

#### **DEM ZINSTIEF ENTGEHEN**

Anleger können dem Zinstief und dem damit drohenden Wertverfall ihres Ersparthen nur entgehen, wenn sie bei der Geldanlage auch auf riskantere Anlagen wie Aktien setzen. Wie das möglich ist, ohne sich dabei auf unkalkulierbare Abenteuer an den Finanzmärkten einzulassen, lesen Sie in den folgenden Kapiteln.

## DIE HAFTUNG BEI PLEITEN VON FINANZUNTERNEHMEN

Seit das internationale Bankensystem und einige europäische Staaten bedrohlich ins Wanken gerieten, sorgen sich immer mehr Anleger um die Sicherheit ihrer Bankeinlagen. Pleiten in den USA und Island und kurz vor der Zahlungsunfähigkeit stehende deutsche Geldinstitute nährten vor allem 2008 Zweifel an der Solidität und Vertrauenswürdigkeit der Finanzbranche. Zwar scheinen die schlimmsten Brände inzwischen gelöscht zu sein. Doch die Angst vor dem Verlust des Ersparthen ist bei vielen geblieben.

Mittlerweile hat die Europäische Union (EU) die gesetzliche Bankeinlagensicherung einheitlich geregelt und den Schutz für Anleger verbessert. Seit 2011 ist jedes Mitgliedsland verpflichtet, die Rückzahlung von Spareinlagen bis zu 100 000 Euro pro Bank und Kunde zu garantieren. Diese Regelung gilt für Girokonten, Guthaben auf Kreditkartenkonten, Tages- und Festgeld sowie für Sparbriefe. Für Gemeinschaftskonten von Eheleuten beträgt die abgesicherte Summe 200 000 Euro. Solange die Höchstgrenzen nicht überschritten werden, gilt die Einlagensicherung auch für noch ausstehende Zinsen.

#### **Rückzahlung der Guthaben**

Wie die EU-Richtlinie im Detail umgesetzt wird, ist Sache der einzelnen Länder. In Deutschland sind die Vorgaben im Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz verankert. Danach müssen

alle deutschen Privatbanken wie die Deutsche Bank Mitglied in der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken (EdB) sein. Schlittert ein Geldinstitut in die Pleite, springt die EdB ein. Sie finanziert sich aus den Mitgliedsbeiträgen der Banken. Über wie viel Geld sie verfügt, wird nicht veröffentlicht. Sollten ihre Mittel zur Deckung eines Schadensfalles nicht ausreichen, kann sie weitere Finanzspritzen von den Mitgliedsbanken einfordern oder Kredite aufnehmen. Wichtig: Auf die gesetzliche Einlagensicherung besteht ein Rechtsanspruch, der einklagbar ist.

In Frankreich, Österreich, Großbritannien und Luxemburg regeln ähnliche Entschädigungseinrichtungen wie in Deutschland die Ansprüche von Bankkunden. In den Niederlanden hat diese Aufgabe die Zentralbank übernommen. Allen gemein ist, dass sie spätestens 20 Tage nach einer Bankenpleite die Guthaben der Kunden inklusive Zinsen zurückbezahlen.

#### **TIPP: VERMÖGEN VERTEILEN**

Oft bieten Banken im europäischen Ausland die höchsten Zinsen. Wenn Sie mehr als 100 000 Euro etwa als Tages- oder Festgeld in Europa anlegen wollen, verteilen Sie Ihr Vermögen auf verschiedene Banken, sodass die Sicherungsgrenze nicht überschritten wird. Auf diese Weise schützen Sie auch größere Summen vor der Zahlungsunfähigkeit von Banken.